

Die Versorgung mit Lebensmitteln.

Der Kartoffelanbau.

* Köln, 23. Febr. Der Frage der Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Kartoffeln für die Zukunft widmete man in der gestrigen Sitzung des Kölner Stadtparlaments eine längere Besprechung. Auf Anfragen aus dem Schoße der beiden Rathausfraktionen, ob der städtischen Verwaltung bekannt sei, ob und welche Schritte die Staatsregierung zur Sicherstellung eines genügenden Kartoffelanbaus getroffen habe, erwiderte nach kurzen Begründungen durch die Stadtverordneten Bank und Eitel zunächst Beigeordneter A. Denauer in den in der Ersten Morgen-Ausgabe bereits erwähnten Ausführungen. Oberbürgermeister Wallraf bemerkte dazu u. a.: Wenn wir mit Recht verlangen müssen, daß der Anbau der Kartoffeln in genügendem Umfange vor sich geht, so haben wir das gleiche Interesse auch bei dem Anbau des Brotgetreides und in geringerem Maße auch bei dem Anbau von Zuckerrüben, Futtermitteln, Ölfrüchten, kurzum bei der ganzen Gestaltung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Es ist durchaus erforderlich, daß die Zentralstellen einen Überblick über die Anbauverhältnisse gewinnen und da eingreifen, wo die Kriegsverhältnisse diesen Anbau in falsche Bahnen drängen. Ein solcher Einfluß kann in den verschiedensten Formen geübt werden. Der radikalste Weg ist zweifellos der Produktionszwang. Aber wenn ich auch einmal annehmen will, daß dieser Zwang für die Kartoffeln mit Aussicht auf Erfolg geübt werden kann — für das ganze Gebiet der landwirtschaftlichen Erzeugung scheidet ein solcher Gedanke jedenfalls aus. Einfluß aber kann man üben auch in anderer Weise. Nach den jetzigen Verhältnissen ist beispielsweise der künstliche Dünger ganz in der Hand der Regierung; nicht minder ist von ihr die Bestellung der Arbeitskräfte, die Verteilung des Saatgutes abhängig; und ferner hält sie die Klinke der auch auf diesem Gebiet mit ausschlaggebenden Preispolitik in der Hand. Die Regierung muß sich also ein Bild machen über das, was die landwirtschaftliche Erzeugung liefern muß, und dazu ist vor allem nötig, daß sie eine genaue Kenntnis von der Erzeugung besitzt und den nötigen Einfluß gewinnt. Ich fürchte, daß diese Voraussetzung zurzeit nicht in genügendem Maße erfüllt ist, denn auch hier macht sich ein Mangel bemerkbar, der sowohl für die manchmal völlig fehlgeratenen Ernteschätzungen als für die unzureichende Erfassung der tatsächlich gewachsenen landwirtschaftlichen Produkte verantwortlich bleibt, nämlich der ungenügende Unterbau der Lebensmittelorganisation auf dem flachen Lande. Ohne Schaffung eines solchen Unterbaues bleibt auch ein Produktionszwang auf dem Papier stehen. Die Behebung dieses Mangels scheint mir nachgerade das wichtigste Erfordernis unserer Kriegswirtschaft zu sein. Wie sind dem die Verhältnisse auf dem flachen Lande? Daß die Landratsämter und Bürgermeisterämter gegen die Friedenszeit viel größere Aufgaben haben, aber viel geringere Kräfte besitzen, habe ich an anderer Stelle ausgeführt. Das Schwergewicht der Organisation aber liegt doch da, wo die landwirtschaftlichen Erzeugnisse wachsen, d. h. in den einzelnen Landgemeinden. Dort ist ein gewählter Gemeindevorsteher als Organ des Bürgermeisters tätig. Er übt sein Amt als Ehrenamt aus, ist nebenher auch durch seinen Hauptberuf in Anspruch genommen, und da er zumeist Landwirt ist, unter den gegenwärtigen Verhältnissen in seinem eignen Betrieb schon überlastet. Auf seinen Schultern ruht nun die ganze Arbeit. Nun mache man sich klar, welchen Umfang diese Verwaltungsarbeit hat, welches Verständnis und welchen Gemeinsinn sie voraussetzt und welches Odium sie einem solchen Ehrenbeamten aufbürdet! Wer die Verhältnisse kennt, muß sich sagen, daß der Gemeindevorsteher zur Erfüllung nicht imstande ist. Ich frage mich, wie man das bessern kann, und will hier nur ganz kurze Andeutungen machen. Man muß dem Gemeindevorsteher den nötigen Rückhalt und die nötige Unterstützung geben, indem man Kriegsausschüsse der Gemeinden bildet und in sie solche Personen beruft, die über nötige Intelligenz, den nötigen Einfluß und auch die nötige Zeit verfügen. Das sind auf dem flachen Lande besonders die Lehrer, und vor allem die Geistlichen. In den Ausschuss kann man dann je nach Lage der Verhältnisse noch geeignete Gemeinderatsmitglieder und die Vorsteher genossenschaftlicher Verbände berufen. Durch

die Schaffung eines solchen Ausschusses wird die Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse vermehrt und das Odium geteilt. Ein solcher Ausschuss vermag die Verhältnisse in seiner Gemeinde zu übersehen, er vermag die bevorstehende und die eigentliche Ernte einigermaßen zuverlässig zu schätzen, seine Einwirkung wird dazu beitragen, die unbedingte Zurückhaltung von Lebensmitteln zu erschweren und dem jetzt blühenden Schleichhandel vorzubeugen. Er ist endlich auch in der Lage, auf die Regelung des Anbaues einzuwirken, wenn man ihm einen Einfluß bei der Verteilung von Dünger, Saatgut und Arbeitskräften einräumt. Damit würde endlich der unerlässlich notwendige Unterbau geschaffen, auf dem die ganze Organisation in letzter Linie beruhen muß auch in der heute von uns behandelten Frage. Ohne einen solchen Unterbau baut man die Organisation in die Luft. Hat man solche Ausschüsse und weckt man bei den Mitgliedern und durch sie bei den Landwirten selbst immer wieder von neuem das Gefühl, daß die nachhaltige Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte und die gerechte Verteilung der Ernte ein zwingendes Gebot des Vaterlandes ist, so wird man gegenüber den gegenwärtigen Zuständen eine wesentliche Besserung zeitigen, und damit auch die Quelle der bedauerlichen Verstimmung zwischen Stadt und Land verstopfen können. Auch den von den Herren Fragestellern verfolgten Wünschen glaube ich am nachhaltigsten zu dienen, wenn ich bei jeder mir sich bietenden Gelegenheit auf die Notwendigkeit eines solchen Ausbaues der Lebensmittelorganisation immer wieder und aufs nachdrücklichste hinweise. Nach kurzen Erörterungen anderer Redner wurde folgende Entschliebung angenommen: Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Oberbürgermeister zu ersuchen, beim Kriegsernährungsamt und Kriegsamt dahin vorstellig zu werden, daß 1. die Preise für Winterkartoffeln sowie für die mit den Winterkartoffeln konkurrierenden Erzeugnisse in das richtige Verhältnis zueinander gebracht und sofort veröffentlicht werden (die Preise müssen dem Landwirt einen auskömmlichen Gewinn lassen); 2. daß der Anbau mindestens der gleichen Bodensfläche wie im Jahre 1915 mit Winterkartoffeln sichergestellt wird; 3. daß der Landwirtschaft schleunigst und unter allen Umständen, auch wenn die laufende Versorgung mit Speisekartoffeln darunter leiden sollte, das nötige Saatgut geliefert wird.